

P/XX/204

Bonn, den 22. Oktober 1955

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1. Folgen der Unredlichkeit 51

Vor neuen Steuererhöhungen - Der betrogene Bundesbürger

2. Die CSU ist der große Verlierer 48

Von Emil Werner  
Leiter der SPD-Pressestelle in Bayern

3. Die Mitbestimmung 52

Es geht um Partnerschaft  
Von Dr. Ulrich Lehmar, MdB

4 - 5. Sowjetischer Alltag fern von Moskau 71

Um Schwarzmeerbäd Sotschi kein Essen für "wilde" Kurgäste

+   =   +

## Folgen der Unredlichkeit

### Vor neuen Steuererhöhungen - Der betrogene Bundesbürger

sp - Eine Welle von Verbrauchssteuererhöhungen kommt auf den Bundesbürger zu. Für viele Millionen Bundesbürger wird es ein ernüchterndes Erwachen geben. Die Koalitionsparteien bestritten den letzten Bundestagswahlkampf unter anderem auch mit dem Argument, würden die Sozialdemokraten an die Spitze der Regierung gelangen, wären Steuererhöhungen unvermeidlich. Unter einer neuen Kanzlerschaft Erhards habe der Bundesbürger in dieser Hinsicht nichts zu befürchten. Die Koalitionsparteien sprachen mit verschiedenen Zungen, sie gingen an der Wahrheit vorbei, sie machten sich der Unredlichkeit und bewußter Täuschung des Wählers schuldig.

Noch in den allerletzten Wochen der vergangenen Legislaturperiode des 4. Bundestages erfolgte eine Flut von Gesetzen mit starken Ausgabe-Steigerungen; der Blick auf den Wähler bestimmte das Verhalten der Koalition, das Buhlen um seine Gunst war begleitet mit einer Fülle von Wahlgeschenken. Eine Aufforderung der Sozialdemokratie an die Regierung und die sie tragenden Parteien, ihre Finanzierungspläne offen darzulegen, um dem Bürger die Möglichkeit zu geben, selbst zu beurteilen, was er zu erwarten habe, blieb unbeantwortet. Bundeskanzler Erhard und sein Finanzminister schwiegen im Parlament zu dieser Ausgabefreudigkeit. Sie fanden nicht den Mut dazu, ihre eigenen Abgeordneten zum Maßhalten aufzurufen, sie ließen das Gebot der Wahrheitsliebe und der Redlichkeit im Stich.

Beiden war doch die triste Lage des Bundeshaushalts mit seinem Milliardendefizit bekannt. Es schwoll durch die beschlossenen Gesetze auf sieben Milliarden DM an.

Jetzt kommt das große Debakel, kommt die bittere Enttäuschung. Ein Großteil der beschlossenen Gesetze, soweit sie ausgabesteigernd wirken, soll gar nicht oder erst später, und dann mit drastischen Einschränkungen, in Kraft treten. Was wird nun mit der versprochenen Erhöhung der Beamtgehälter, die in zwei Stufen erfolgen sollte? Wird die Landwirtschaft um ihre Hoffnungen betrogen werden? Vor den Wahlen hatte Erhard großzügige Subventionen nach dem Gießkannen-Prinzip bewilligt, ohne sich um ihre Deckung Sorgen zu machen. Ihm ging es zunächst um die Stimmen der Landwirte. Dem sozialen Wohnungsbau soll die Sterbestunde schlagen - und dies, obwohl der Wohnungsmarkt noch lange nicht ausgeglichen ist.

Wenn ein Bürger jemandem etwas verspricht, was er nicht halten kann, weil seine Kräfte und sein Vermögen dazu nicht ausreichen, dann macht er sich des Betruges schuldig. Er bekommt es mit dem Strafgesetz zu tun. Die Koalitionsparteien haben viel versprochen, das Versprochene sogar in Gesetzesform gekleidet, aber nun können sie es nicht einhalten, sie tun das, was sie im Wahlkampf fälschlicherweise den Sozialdemokraten unterstellten, sie nehmen nun Zuflucht zu empfindlichen, die Preise wiederum in die Höhe treibenden Steuererhöhungen. Bundesregierung und Koalition können zum Unterschied vom einfachen Bürger gerichtlich freilich nicht belangt werden. Jetzt kommt im 5. Deutschen Bundestag die Zeit für eine wachsame, äußerst kritische und verschärfte Opposition. Wer so mit dem Volke umgeht, verdient keine Rücksichtnahme. Es muß die Sorge der Opposition sein, zu verhindern, daß die Folgen einer aus den Fugen geratenen Finanzpolitik ausschließlich auf dem Rücken breiter Schichten ausgetragen werden.

Die CSU ist der große Verlierer

Von Emil Werner

Leiter der SPD-Pressestelle in Bayern

Die "bayerische Legion", wie sich die CSU mit gewohnter Überheblichkeit selbst bezeichnete, ist von ihrem Marsch nach Bonn geschlagen nach München zurückgekehrt. Das Siegerlächeln ist erstorben und der Lorbeerkranz zerfetzt. Die CSU ist der große Verlierer des Raufhandels um die Regierungsumbildung. Daran ändert auch ein fünfter Ministersitz nichts, der der CSU zugesagt worden ist. Er ist nicht viel mehr als ein Trostpflasterchen, denn die CSU ist mit ganz anderen Forderungen nach Bonn gezogen. Sie sind in den Spalten des "Bayernkurier" nachzulesen. Die CSU forderte nicht nur den Kopf des bisherigen Außenministers, sie wollte auch die FDP mit der Verweigerung des Gesamtdeutschen Ministeriums für Erich Mende in die Knie zwingen. Mit beiden Hauptforderungen ist sie kläglich gescheitert. Das augenfälligste Ergebnis dieses Kräftemessens ist dabei die Tatsache, daß sich die Drohung der CSU, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU erst dann zu erneuern, wenn die von ihr gewünschten "institutionellen und persönlichen Lösungen" gewährleistet seien, als völlig unwirksam erwiesen haben. Damit ist vor aller Öffentlichkeit eindrucksvoll deutlich geworden, daß sich die CSU nicht nur selbst maßlos überschätzt, sondern daß sie auch nicht annähernd die Bedeutung und den Einfluß auf die Bundespolitik hat, der ihr im allgemeinen zugeschrieben wird. Die großen Worte, die versteckten und offenen Drohungen sind als Großräuligkeit entlarvt worden. Der starke Mann der CSU, der keine Gelegenheit verstreichen läßt, um sich zu rühmen, daß er die Politik mit dem Kopf macht, hat sein gewagtes Spiel verloren.

Koch vor zwei Wochen rühmte sich der "Bayernkurier", daß die CSU nun einmal kein Landesverband der CDU, sondern eine eigene Partei sei. Richtig ist, daß sie beides nur halb ist. Der CSU fehlt die wichtigste Voraussetzung einer selbständigen Partei - nämlich die volle Handlungsfreiheit im entscheidenden Augenblick; sie hat aber auch nicht die vollen Vorteile eines Landesverbandes, der innerhalb der Gesamtpartei Rückhalt findet und Einfluß nehmen kann. Da sie beides zugleich sein will, setzte sie sich schließlich zwischen zwei Stühle und fiel dabei auf die Nase. Dieses Mißgeschick wiederfuhr ihr zwar nicht zum erstenmal, noch nie ist aber ihre Schwäche vor aller Welt so deutlich sichtbar geworden.

Nun sind die Überschriften des "Bayernkurier" zäher und auch ehrlicher geworden. Die Schlagzeile "Kleine Koalition mit bitterem Nachgeschmack" glauben wir der CSU aufs Wort. Nach den kräftigen Fußstapfen, die die CSU von allen Seiten erhalten hat, zeigt der "Bayernkurier" sogar so etwas wie Achtung gegenüber der FDP, deren Namen in dem CSU-Blatt in den letzten Monaten kaum noch ohne Beifügungen, wie politische Hochstapler, Erpresser, und dergleichen, zu finden war. "Die FDP-Fraktion zeigte in dieser Frage eine so harte Entschlossenheit", so schreibt der Bayernkurier, "daß man ihren Auftreten, wenngleich man es auf keinen Fall billigen kann, doch Anerkennung zollen muß". Abgesehen davon, daß der FDP aus Gründen der Selbsterhaltung gar nichts anderes als "harte Entschlossenheit" übrig blieb - die sie sich allerdings im Gegensatz zur CSU auch leisten konnte - beweist das Beispiel, welche Sprache die CSU wirklich versteht.

### Die Mitbestimmung

Es geht um Partnerschaft

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Die deutschen Gewerkschaften haben die Ausweitung der Mitbestimmung auf Großbetriebe auch in jenen Bereichen der Wirtschaft gefordert, in denen die Arbeitnehmer noch nicht gleichberechtigt als Partner mitwirken. Die Arbeitgeber lehnen den Vorschlag mit der Begründung ab, er führe zu einer Kontrolle der Wirtschaft durch den DGB und zu einer Aushöhlung der Verantwortlichkeit des freien Unternehmers. Die Gewerkschaften, so sagen ihre Gegenspieler, wollten die Sozialisierung auf "kaltem Wege" erzwingen.

Eben das haben die Gewerkschaften nicht im Sinn. Die Politik der Mitbestimmung ging und geht von der Auffassung aus, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer Partner in der Wirtschaft sind. Der eine kann ohne den anderen nichts ausrichten, und beide sollten deshalb gemeinsam verantwortlich sein für das wirtschaftliche Geschehen.

Die deutschen Gewerkschaften sind damit einen anderen Weg gegangen als z.B. die amerikanischen Gewerkschaften. Dort interessieren sich die Gewerkschaften vor allem dafür, wie sie möglichst günstige Arbeitsbedingungen herauschlagen können. Und darum wird mit sehr hemdsärmeligen Methoden gekämpft.

Der DGB hat diesen Stil nicht übernommen. Er fühlt sich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ihren Möglichkeiten verpflichtet, aber er möchte eben deshalb auch an der Verantwortung beteiligt sein. Die Arbeitgeber bei uns müssen sich nun ihrerseits darüber klarwerden, was sie wollen: Gewerkschaften, die ihnen in der vollbeschäftigten Wirtschaft ein Zugeständnis nach dem anderen abringen, oder aber Gewerkschaften, die das begründete Interesse ihrer Mitglieder bewußt im Rahmen des wirtschaftlich Sinnvollen vertreten. Man kann nur das eine oder das andere haben, beides zusammen nicht.

Natürlich wollen die Gewerkschaften die Mitbestimmung in den Großbetrieben und auf überbetrieblicher Ebene auch deshalb, um auf diesem Wege zu einer gerechteren Vermögensverteilung zu gelangen. Darin wissen sie sich einig mit den beiden Kirchen. Die Gewerkschaften wollen eine andere Vermögensverteilung nicht durch harte Kampfmaßnahmen, sondern durch eine partnerschaftliche Entscheidung erreichen. Wer ihnen vorwirft, sie würden damit den Arbeitnehmern ja gar nicht helfen, sondern nur einige hundert Funktionäre in gutbezahlte Positionen bringen wollen, übersieht den Kern der Sache. Schließlich wählen sich die Arbeitgeber ihre Vertreter ja genauso wie die Arbeitnehmer, und die von den Gewerkschaften entsandten Arbeitsdirektoren geben immerhin einen wesentlichen Teil ihrer Bezüge für die Förderung von begabten Studenten; daran könnten sich andere Wirtschaftsführer ein Beispiel nehmen.

Die Gewerkschaften erklären, daß sie die Verwirklichung der Mitbestimmung vom Bundestag erwarten. Sie sollten sich darauf allerdings nicht zu sehr verlassen. Es wäre falsch, wenn die Sache der Mitbestimmung zu einer Streitfrage der beiden großen Parteien würde. Vielmehr müssen die Gewerkschaften von sich aus alles tun, um ihren Partnern und der Öffentlichkeit klarzumachen, daß es ihnen bei der Mitbestimmung um Partnerschaft, nicht um einen Führungsanspruch oder um eine "kalte Sozialisierung" geht.

Und sie müssen viel, sehr viel tun, um eine breite öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß sie mit der Mitbestimmung keine neue Klassenkampfparole vertreten, sondern das Gegenteil. Der soziale Ausgleich, nicht der Kampf bis aufs Messer ist das Ziel.

### Sowjetischer Alltag fern von Moskau

---

#### Im Schwarzmeerbäd Sotschi kein Essen für "wilde" Kurgäste

(rh) Die in Moskau herausgegebene Wochenschrift der sowjetdeutschen Bevölkerung "Neues Leben" wird zum überwiegenden Teil ihrer Auflage (deren Höhe bisher niemals bekanntgegeben wurde) östlich des Urals, im sibirischen Sowjetrußland und in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken gelesen, zumal mindestens 90 Prozent der Sowjetdeutschen jenseits des Urals bis weit nach Mittelsibirien hinein ihre Wohnsitze haben. Wenn sich "Neues Leben" der Dinge des sowjetischen Alltags annimmt, dann haben wir es durchwegs mit dem sowjetischen Alltag in Sibirien und in dem Gebiet zwischen dem Kaspisee und dem Altai zu tun, in Gebieten also, in denen auch heute noch das alte russische Sprichwort aus der Zarenzeit etwas abgewandelt gilt: Die Sowjetunion ist groß und Moskau ist weit. Die Leserstimmen in "Neues Leben" sind durchwegs sehr kritisch und es spiegelt sich in ihnen ein Alltag, der mit den Moskauer Fortschrittsparolen nur noch sehr wenig Gemeinsames hat. Er ist viel trister, als all das, was das sowjetische Kernland, das europäische Sowjetrußland, zu bieten hat.

Damit aber die Leser auf dieses Kernland nicht allzu neidisch werden, findet man in "Neues Leben" neben den immer wiederkehrenden Lobtiraden auf Moskau gelegentlich auch kritische Berichte über die Errungenschaften dieses Kernlandes, zu denen ohne Zweifel das Schwarzmeerbäd Sotschi (an der Kaukasusküste) gehört. Ein Leser der Moskauer Wochenschrift hatte zwar eine Kur am Schwarzen Meer dringend nötig, aber eine Einweisung in ein Sanatorium nicht auftreiben können. Auf den Rat seiner Freunde fuhr er als "wilder Kurgast" nach Sotschi, mietete ein Zimmer, kaufte eine Kurkarte und begann die vorgeschriebene Kur. Das alles ist demnach in Sotschi bereits möglich, aber der Haken des "privaten Kuraufenthalts" zeigte sich sofort, als es um die Verpflegung ging. Den Magen zu befriedigen, sei für einen "Wilden" in Sotschi gar nicht leicht und man mache folgende Erfahrungen: "Vor den Speisehallen, Restaurants und Cafés stehen lange Menschenglangen. Um Mittag zuessen, vergeudet man viel Zeit. Wer möchte das schon? So sucht man schnell nach etwas Trockenem, was dem Magen auf die Dauer nicht gut bekommt. In den Lebensmittelgeschäften geht es auch nicht besser zu, besonders dort, wo Milchprodukte verkauft werden." Von Sotschi schwärmt die sowjetische Propaganda seit Jahren und der "wil-

de Kurgast" weiß das auch: "Der Menschenandrang ist für Sotschi nichts Neues. Wäre es nicht an der Zeit, sich rechtzeitig darauf vorzubereiten?" Bei der ungewollten Schlankheitskur ist dem "Neues Leben"-Leser noch etwas aufgefallen: "Besonders schwer haben es Frauen, die mit kleinen Kindern nach Sotschi kommen. Für sie ist das Problem Essen doppelt so wichtig und leider auch doppelt so schwer. Die Genossen vom Handel haben an diese Frauen aber gar nicht gedacht."

Wenn diese Frauen aus Sibirien nach Sotschi gekommen sind, dann sind sie in ihrem Alltag Kummer gewohnt. Für den Haushalt wird zwar sehr viel getan und es werden in der Sowjetunion von Jahr zu Jahr mehr Haushaltsgeräte hergestellt - nur scheinen diese Geräte Sibirien nicht zu erreichen. "Neues Leben" erhält ständig Briefe, in denen nach Kühlschränken, Waschmaschinen und anderen Haushaltsgeräten gefragt wird. "Es schreiben Städter und Dorfbewohner, Menschen, die sich mit dem Problem der Freizeit der Frau auseinandersetzen." Doppelt schwer haben es die berufstätigen Frauen, die ihrer Arbeit nachgehen und sich gleichzeitig um ein gemütliches Heim und um die Erziehung der Kinder kümmern, mit einem Wort den größeren Teil der Haushaltssorgen tragen müssen.

Auch diesen Frauen kann "Neues Leben" nichts Erfreuliches berichten, obwohl es sich an der zuständigen Stelle des Staatlichen Komitees für den Handel des Ministerrats der UdSSR erkundigt hat. Auch dort hat man darauf hingewiesen, daß vor allem der Handel die Versorgung der Bevölkerung des flachen Landes mit Haushaltsartikeln "gut organisieren" müßte. 1966 erhalten die Verkaufsstätten - "Wir können unsere Kunden erfreuen!" - bedeutend mehr Haushaltsgeräte, in nächsten Jahr würden die Läden 2,020.000 Kühlschränke gegenüber 1,820.000 in diesem Jahr erhalten. Der zuständige Leiter, der die Kunden erfreuen will, muß jedoch in "Neues Leben" eingestehen: "Es ist ein offenes Geheimnis, daß man jetzt ein bis zwei Jahre auf einen Kühlschrank warten muß." Zum Schluß kann die Moskauer Wochenschrift lediglich folgenden Trost an ihre Leser weitergeben: "Bestimmt wird unsere Industrie schon in einigen Jahren so viel Haushaltsartikel liefern, daß auch Kühlschränke ohne weiteres in jedem Dorf Sibiriens und Kasachstans zu kaufen sein werden, wie es jetzt bei elektrischen Bügeleisen und Nähmaschinen der Fall ist."